

Wie viel ist die Integration den Kommunen wert? Zum Stellenwert der Integrationsarbeit vor Ort.

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) als ein 27-jähriges Gremium setzt sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Integrations-/Migrationsräte, -beiräte oder -ausschüsse zusammen, die bei den Mitgliedsgemeinden, -städten und -kreisen bestehen.

Der NIR ist das Vertretungsorgan der zugewanderten Bevölkerung und aller Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen auf Landesebene. Als Austauschplattform dient er der politischen Meinungsbildung und Willensbekundung seiner Zielgruppen. Ziel des Gremiums ist die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von allen nationalen und ethnischen Minderheiten zu deutschen Staatsangehörigen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

In seiner Funktion als Mittler dient der NIR auch dem Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsvertretungen und begleitet deren Arbeit vor Ort. Er fördert die Fortbildung und Professionalisierung der politischen Partizipation seiner Mitglieder.

Für das Letztere setzt er sich nicht nur auf der Landesebene ein, sondern thematisiert in den Kommunen die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Einflussnahme von Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit.

Am 18. Juni 2011 veranstaltete der NIR einen landesweiten Fachtag unter dem Titel „Wessen Stimme zählt? – Möglichkeiten politischer Partizipation von Migrantinnen und Migranten in niedersächsischen Kommunen und Gemeinden“. Diese Veranstaltung hatte eine hohe Aktualität und bot den Teilnehmenden, sich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen zu Beteiligungschancen und -grenzen von Migrantinnen und Migranten am kommunalpolitischen Geschehen auszutauschen (weitere Informationen dazu siehe www.nds-nir.de).

Ausgelöst durch die regen Diskussionen im Rahmen dieses Fachtages und der letzten NIR-Plenarsitzung Anfang November 2011 möchte der Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates mit diesem Diskussionspapier die neu gewählten niedersächsischen Kommunalräte darum bitten, sich mit unseren Erkenntnissen und Fragen zu Integrationsarbeit und -themen vor Ort auseinanderzusetzen.

Die niedersächsischen Kommunen verfolgen mit unterschiedlicher Intensität und Priorisierung ihre Integrationspolitik. Neben ehrenamtlich tätigen Integrationsgremien und Migrantenselbstorganisationen arbeiten in einigen Städten Hauptamtliche als Integrationsbeauftragte oder als Leitstellen für Integration.

In nur wenigen Kommunen allerdings werden lokale Integrationskonzepte oder -pläne umgesetzt, mit einem Budget versehen und in ihrer Realisierung ausreichend unterstützt.

Mit dem Beginn dieser neuen Legislaturperiode regt der NIR-Vorstand nun an, in einem Dialog zwischen Politik und Akteuren der Integrationsarbeit einige Fragen zu diskutieren, um sich über die Intensität der eigenen Integrationsbestrebungen zu vergewissern.

Dieses Papier sollte dazu dienen, kooperativ vor Ort ein Resümee zu ziehen und darauf evtl. neue Handlungsfelder zu erarbeiten und gemeinsam zu gestalten.

Folgende zehn Fragen sind seitens des NIR von wesentlicher Bedeutung.

1. Welche Rolle spielt die Integration bei den Kommunalpolitikern und wie hoch ist ihr Stellenwert?
2. Wo ist das Thema Integration in der Stadtverwaltung angesiedelt und wie viele Hauptamtliche sind in diesem Bereich beschäftigt?
3. Welche Rolle spielen die Leitstellen für Integration (falls es sie in Ihrer Kommune gibt) und wie werden sie in die bestehende kommunale Integrationsarbeit eingebunden?
4. Wie arbeiten die Hauptamtlichen im Bereich der Integration mit Migrantenselbstorganisationen zusammen und welche Rolle spielen sie bei dem zugewanderten Teil der Bevölkerung?
5. Wie weit ist Ihre Stadtverwaltung interkulturell „geöffnet“?
6. Existiert in Ihrer Stadt eine kommunale Migrantenvertretung - ein Integrationsbeirat oder ein Integrationsausschuss?
7. Wie setzt sich diese Migrantenvertretung zusammen und wie ist sie in die politischen Entscheidungen eingebunden?
8. Arbeitet Ihre Kommune nach einem selbst erstellten Integrationskonzept?
9. Betreibt Ihre Kommune ein Controlling- bzw. Monitoring-Verfahren zur Beobachtung kommunaler Prozesse?
10. Welche Ziele, Themen und Pläne der Integrationsarbeit werden in der aktuellen Legislaturperiode angestoßen und realisiert?
11. Existiert ein Netzwerk für Integration in Ihrer Kommune? Wenn ja, wie setzt es sich zusammen?
12. Gibt es in der Kommune Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund? Wenn ja, in welchen Ratsbereichen sind sie aktiv?

NIR-Vorstand

Hannover, 16.12.2011